

09.03.2013

## Nein zum Fracking!



Aktuell bereitet die Bundesregierung ein Gesetz zum sogenannten Fracking vor. Die SPD Bedburg-Hau hat starke Bedenken, dass der Schutz vor den immensen Gefahren des Frackings durch die bundesgesetzliche Initiative nicht gewährleistet ist. Die örtlichen Sozialdemokraten betrachten Fracking als unkalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt. Sie wollen mit einer Resolution die Landesregierung auffordern sich für ein Verbot von Fracking einzusetzen.

„Wer den Klimaschutz und die Energiewende ernsthaft verfolgt muss seine Anstrengung auf die erneuerbaren Energien richten statt auf die Risikotechnologie Fracking, von dessen gefährlichem Chemiecocktail und dem Abwasser eine enorme Gefährdung ausgeht“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende aus Bedburg-Hau Willi van Beek.

Beim Frackingverfahren wird zur Erdgasförderung dichtes Gestein tief in der Erde unter hohem Druck mit einem Gemisch aus Wasser, Sand und diversen chemischen Beimengungen aufgebrochen und das Gas freigesetzt. Auch der Kreis Kleve – somit auch Bedburg-Hau - kann betroffen sein, denn er wird schon als Erlaubnisfeld zur Aufsuchung geführt.

„Beim Chemiecocktail, um das die Firmen häufig ein großes Geheimnis machen, wurden toxische, biozide und krebsfördernde Stoffe festgestellt, die eine erhebliche Gefährdung des Grundwassers darstellen“, benennt van Beek die Gefahren und führt aus: „Auch das Rücklaufwasser bringt Stoffe an die Oberfläche, die hier nichts zu suchen haben. Es können neben den Chemikalien beispielsweise Schwermetalle und radioaktive Verunreinigungen enthalten sein, welche sehr aufwendig entsorgt werden müssen, was ebenfalls unkalkulierbare Risiken für Umwelt und Mensch birgt.“

Gutachten der Bundes- wie auch der Landesregierung attestieren, dass mit der Frackingtechnologie deutliche Risiken und Gefahren verbunden sind, so die SPD.

„Fracking stellt ein erhebliches Risiko für das Grundwasser, Trinkwasser und die Bürgerinnen und Bürger dar. Gerade jetzt, noch bevor Bundestag und Bundesrat über die Frackinggesetzgebung entscheiden, ist es wichtig, dass nun Druck von der Basis vor Ort und den Kommunen ausgeht. Aufgrund des immensen Gefährdungspotentials wollen wir diese Art der Erdgasförderung nicht. Mit einer Resolution im Rat unserer Gemeinde richten wir deshalb die Forderung an die Landesregierung sich für ein Verbot von Fracking auf Bundesebene einzusetzen“, sagt Willi van Beek.

- [Resolution\\_gegen\\_Fracking.pdf \(149,9 KiB\)](#)